

Prinzip Maulwurf

Der Zulauf auf die Hochschulen wird noch mehrere Jahrzehnte lang andauern – die Universitäten drohen überfüllt zu bleiben.

Ein echter Berg hat einen Gipfel, und wer ihn erklimmt hat, für den kann es nur eine Richtung geben: nach unten.

Jörg Dräger, 44, muss es darum vornehmen, als wäre er auf ein Naturwunder gestoßen. Zuerst ging es hinauf, aber dann nicht hinunter. „Wie eine Steilwand mit anschließendem Hochplateau“, so beschreibt er seine Entdeckung. Der Mann ist weder Alpinist noch Geologe, sondern Geschäftsführer des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh.

Dort, in der norddeutschen Tiefebene, haben sich Dräger und seine Mitstreiter eine der beliebtesten Metaphern der deutschen Bildungspolitik vorgenommen: den „Studentenberg“. Gemeint ist damit die ansteigende, aber in Zukunft angeblich zurückgehende Zahl der Studentinnen und Studenten.

Das Bild führt indes in die Irre. Der Berg fällt nicht ab, die Zahl der Studienanfänger wird vielmehr noch jahrzehntelang auf höchstem Niveau bleiben – so prophezeit es die CHE Consult GmbH, ein Ableger des Centrums, in einem bislang unveröffentlichten Bericht. Die Experten wagen erstmals einen Blick in die ferne Zukunft, ins Jahr 2045 und darüber hinaus, und entlarven eine Hoffnung der Hochschulpolitik als Trugschluss: dass die Probleme der Massenuniversität, die Überfüllung, die Enge, demnächst von selbst verschwinden würden.

Mehr als 30 Jahre lang werde der Andrang größer sein als im Jahr 2005, das den Forschern als Maßstab dient. So lange sei mit einem Dauerhoch zu rechnen. Frühestens dann, prognostizieren die Experten, werde der Andrang sinken.

Die Vorhersage fällt in eine Woche, in der sich die Politik ohnehin mit überfüllten Hörsälen und ausgebuchten Seminaren beschäftigen muss. An diesem Donnerstag versammeln sich die Kultusminister zur Frühjahrskonferenz in Berlin, Kanzlerin Angela Merkel (CDU) stattet ihnen einen Besuch ab. Sie müssen, mal wieder, ihre Prognose korrigieren; sie haben, wie immer, die Steigerungsraten unterschätzt.

Der Glaube, dass die demografische Entwicklung die Probleme an den höheren Bildungsanstalten lindern werde, gehört zu den Lebenslügen der bundesdeutschen Politik. Falsche Prognosen der



Erstsemester in Oldenburg: Die anderen Zeiten kamen nie

Studentenzahlen sind fast so alt wie die Republik. 1960 etwa irrte der Wissenschaftsrat bereits gewaltig, die Zahlen waren zehn Jahre später doppelt so hoch wie vorhergesagt.

Im Jahr 1977 begann dann die „Studentenschwemme“ oder „Erstsemesterwelle“. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer befreiten mit ihrem „Öffnungsbeschluss“ die meisten Studiengänge vom Numerus clausus. Die Akademikerquote sollte erhöht werden, aber die Mittel für den Lehrbetrieb wurden es nicht. Der Ansturm sei nur vorübergehend, der Pillenklick werde bald seine Wirkung zeigen – mit solchen Sätzen wurden die Studenten beruhigt. Einige Bildungspolitiker prägten das verhängnisvolle Wort, sie wollten den Studentenberg „untertunneln“.

Untertunneln hieß im Unterschied zum realen, teuren Tiefbau so viel wie: Augen zu und durch – es kommen schon noch andere Zeiten. Doch die kamen nie, das Prinzip Maulwurf versagte. Die Zahl der Studentinnen und Studenten in Deutschland stieg in den vergangenen Jahrzehnten beharrlich, bis zum aktuellen Höchst-

stand von 2,2 Millionen. „Die ‚Untertunneler‘ haben bislang noch kein Licht gesehen“, spottete ein Forscher schon vor Jahren, „der ‚Realitäts-Igel‘ war stets schneller als der ‚Prognose‘-Hase.“

Daran hat sich nichts geändert. Zwar bemühten sich Bund und Länder zuletzt durchaus. Im sogenannten Hochschulpaket vereinbarten sie, zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Doch die Bedingungen an den Hochschulen verbesserten sich kaum.

„Der Hochschulpaket ist zu klein und seine Laufzeit zu kurz“, kritisiert CHE-Leiter Dräger, der von 2001 bis 2008 als Wissenschaftssenator in Hamburg selbst politische Verantwortung trug. CHE Consult kalkuliert in der neuen Prognose insbesondere die steigende Studiennachfrage ein: „Immer mehr junge Menschen machen Abitur oder erwerben auf anderem Wege eine Hochschulzugangsberechtigung“, heißt es. „Gleichzeitig nimmt die Neigung zu, ein Studium aufzunehmen.“

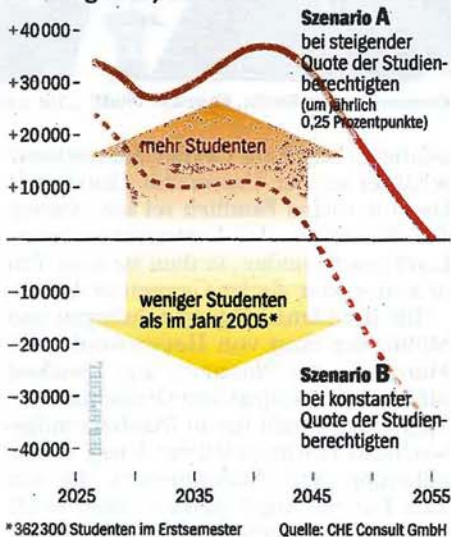
Die Kunde vom Dauerhoch trifft die Hochschulen zu einem ungelegenen Zeitpunkt. Sie sind vollauf damit beschäftigt, den aktuellen Ansturm zu meistern. Dieses Jahr entlässt etwa Baden-Württemberg einen doppelten Abiturjahrgang, 2013 wird unter anderem Nordrhein-Westfalen an der Reihe sein. Hinzu kommen Tausende junger Männer, die früher zuerst ihren Militär- oder Zivildienst ableisteten, bevor sie studierten.

Die CHE-Forscher warnen vor dem erneuten Trugschluss, dass nach dieser Flutwelle eine Ebbe einsetzen werde: „Das Studienanfängerhoch ist offenkundig kein kurzfristiges Phänomen, sondern reicht deutlich weiter und wird nachhaltiger von anderen Faktoren stimuliert als durch einmalige politische Artefakte.“

Zuweilen lade die Politik allerdings zu „Mitnahmeeffekten“ ein, konstatiert die Wissenschaftler. In Nordrhein-Westfalen übe „das mit dem Semesterbeitrag erlangte Ticket für den Nah- und Regionalverkehr eine nicht geringe Attraktivität aus, sich für ein Studium zu immatrikulieren, faktisch aber nicht zu studieren.“

Zusätzliche Studienanfänger

zum Vergleichsjahr 2005



JAN FRIEDMANN